

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. Mai 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 435 Anfrage Brunner Simone und Mit. über die Pläne für einen Verzicht auf die OECD-Mindeststeuer / Finanzdepartement

Die Anfrage A 435 wurde auf die Mai-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Simone Brunner hält an der Dringlichkeit fest.

Simone Brunner: Die OECD-Mindeststeuer ist um ein Kapitel reicher: Nachdem vorläufig Ruhe eingekehrt ist bezüglich der Frage des Verteilschlüssels, werden nun auf Bundesebene Stimmen laut, die Steuer ganz abzuschaffen. Das Thema der OECD-Mindeststeuer und die Pläne oder die Idee, diese wieder abzuschaffen, sind von äusserst hohem politischem Gewicht. Im Kanton Luzern geht es um Steuereinnahmen von geplanten 400 Millionen Franken. Die erneut angestossene Debatte schafft eine sehr grosse Rechtsunsicherheit für alle Betroffenen. Das Anliegen erträgt keinen Aufschub. Die Luzerner Gesetzesvorlagen wie die Steuergesetzesrevision 2027 oder die Vorlage zur Standortförderung sind jetzt in der Vernehmlassung. Ich bin der Meinung, dass jetzt ein guter Zeitpunkt ist, die Antworten der Regierung in die Vernehmlassung einfließen zu lassen. Das Anliegen kann nicht bei einem ordentlich traktandierten Geschäft eingebracht werden und es fällt in den Zuständigkeitsbereich des Kantons Luzern. Wie Sie sehen, sind alle Dringlichkeitskriterien widerspruchsfrei erfüllt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Die OECD-Mindeststeuer ist in der Tat ein Thema, das die Gemüter bewegt. Aber die hier gestellte Frage bewegt eigentlich die Gemüter auf nationaler Ebene. Der Bund entscheidet bezüglich der OECD-Mindeststeuer in der Schweiz. Es fällt auch in die Kompetenz des Bundes und nicht des Kantons, wie das zukünftig gehandhabt werden soll. Es gab immer Befürworter und Gegner, das war bei der Einführung 2023 schon so und ist es auch heute noch. Ich nehme nicht zur Kenntnis, dass eine fundierte Diskussion auf Bundesebene dazu stattfindet. Im Namen der Regierung bitte ich Sie deshalb, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 84 zu 27 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.